

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1923**

3.10.1923 (No. 272)

Bezugspreis  
einzel. 20 Pfennig  
vierteljährlich 60 Pfennig  
halbjährlich 1.20 Pfennig  
jährlich 2.40 Pfennig  
Abnahme nach Vereinbarung  
Anzeigenpreis  
einzel. 10 Pfennig  
vierteljährlich 30 Pfennig  
halbjährlich 60 Pfennig  
jährlich 1.20 Pfennig  
Abnahme nach Vereinbarung

# Karlsruher Tagblatt

Anzeigenberechnung nach Grund- und Zeilenmaß:  
Grundmaß für die halbe Seite: 200 Zeilen, 100 Spalten  
Grundmaß für die ganze Seite: 400 Zeilen, 200 Spalten  
Anzeigenpreis  
einzel. 10 Pfennig  
vierteljährlich 30 Pfennig  
halbjährlich 60 Pfennig  
jährlich 1.20 Pfennig  
Abnahme nach Vereinbarung

**Badische Morgenzeitung**

Mit der Wochenschrift  
**„Die Pyramide“**

**Badische Morgenpost**

„Wirtschafts- und Handelszeitung“ / „Turn- und Sport-Zeitung“ / „Unterhaltungsbeilage“ / „Literaturbeilage“ / „Für die Frauen“ / „Wandern und Reisen“ / „Die Scholle“

Geschäftsbereich: Hermann v. Sauer, Verantwortlich für Politik: Fritz Ehrhard; für den wirtschaftlichen, badischen und lokalen Teil: Heinrich Gerhardt; für das Genelle: Hermann Weid; für die „Pyramide“ Karl Vogt; für Literatur: Heinrich Ehrlich; für die „Scholle“: Dr. H. Müller, Karlsruhe, Mittelstr. 1. Berlin: Redaktion Dr. Richard Flegel, Berlin-Sanktmitz, Wosartstr. 87, Telefon-Zentrum 428. Für unverlangte Manuskripte oder Druckaufträge übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Abdruckung erfolgt, wenn Porto beigefügt ist. Erscheinungstage der Redaktion: 11-12 Uhr vormittags.

120. Jahrg.

Mittwoch, den 3. Oktober 1923

Nr. 272

## Frankreich, Belgien und die rheinischen Absonderungsgelüste.

(Von unserem rheinischen Mitarbeiter.)

R. M. Düsseldorf, 28. September.

Sonntag soll in Düsseldorf endlich die Ausrufung einer neuen rheinischen Republik vor sich gehen. Dazu rufen sich die Parteien und Berufsorganisationen in Düsseldorf sowie am ganzen Niederrhein für diese entscheidende Stunde. Die vorzeitige Befreiung der sonderbündlerischen Absonderung durch die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ wie durch das Wolff-Büro haben zweifellos außerordentlich ernüchternd gewirkt. Vorbereitete Revolutionen, die zugleich feierlich der Welt im voraus angekündigt werden, pflegen ja in der Regel zu mißlingen. Immerhin gilt es aufzufassen und vor allem festzustellen, daß auch heute noch kein ankündigender Mensch im besetzten Gebiet mit den Worten „Smeets und Martens irgend etwas zu tun haben will.“ Noch mehr fällt ins Gewicht, daß auch die französischen und belgischen Behörden höchst ungern mit diesen Landesverrätern verhandeln und zweifellos die Feinde fallen lassen, wenn das Ziel erreicht ist. Mit allen Mitteln strebt man daher vom Hauptquartier des Generals Dequettes aus nach einer Verbindung mit den ernsthaften politischen Parteien des Landes, von denen leider einzelne Führer die Schärfe der Verantwortung nicht völlig zu fühlen scheinen.

Bezeichnend ist, daß in Frankreich und Belgien selbst der rheinische Absonderungsgedanke immer noch nicht allzu viel Gegenliebe findet. Man gebraucht den Verräter, liebt ihn aber nicht, und selbst das „Echo de Paris“, das doch den französischen Regierungsfreien recht nahe steht, spricht lediglich von dem in vorübergehenden Ereignissen begründeten Separatismus, über dessen Wirksamkeit man sich scheinen Illusionen hingeben dürfte. Die „Action française“, das eigentliche Organ der Barriere Revanche-Politik, sagt nicht minder deutlich am 18. September, daß die Anforderungen der Sonderbündler erfolglos bleiben würden, falls das Rheinland nur auf sich selbst rechnen könne. Wir Elsas-Volksirrer, meint der Berichtshalter Paul Darpo, sind vor dem Kriege auch zu nichts gekommen. Wir haben nicht einmal die bescheidenste Autonomie innerhalb des Deutschen Reiches erhalten können, die wir forderten, um wenigstens das preußische System, unter dem wir der Annexion den Rücken krümmten, abzuschütteln. Lediglich das Eine haben die Anhänger der rheinischen Unabhängigkeit bislang erreicht, daß ihr die Regierung Poincaré wenigstens nicht feindselig gegenübersteht, wenn sie sich auch amtlich nicht unterwirft. Ganz abgesehen von dem, was auch das anzuführen, die „Ere nouvelle“, in dem der bekannte Vial-Magel Herr Dr. Dörner auch sehr noch ganz offen als Landesverräter bezeichnet. Den einzigen Ausweg zu einer wirklich förderlichen Politik sieht Paul Douquet in der „Action française“ daher in der Unterstützung der kirchlichen Elemente des Rheinlandes, da das katholische Rheinland sich weigern würde, sich auf ein radikal-sozialistisches Frankreich zu stützen. Auf der andern Seite, so verlangt derselbe Gewährsmann, müssen die sozialistischen Parteien im besetzten Gebiet mit allen Mitteln unterdrückt werden, weil sie die besten Verteidiger der Bismarckischen Einheit seien. Was wir auch tun und sagen mögen, nie werden wir die Freundschaft dieser Parteien gewinnen und alle Nachsicht ihnen gegenüber wird nur ihre Unvermeidlichkeit helfen. Wenn der echte rheinische Arbeiter Frankreich und dementsprechend dem Separatismus feindselig gesinnt ist, so kommt es daher, daß man seit der Abberufung des Generals Mangin das Volk dem Berliner Einfluß überläßt.

Gerade weil das Urteil vom Feinde kommt, ist es außerordentlich beachtenswert und zeigt sich der dem Gewissenkonflikt, in dem sich Theorie und Praxis der französischen Rheinlandpolitik befinden. Während die Theorie durchaus die Unterstützung des Klerikalismus im besetzten Gebiet fordert, kann sich das amtliche Frankreich nicht länger nicht aus den radikal-sozialistischen Fesseln der Kirchenfeindschaft befreien. Trotzdem alle führenden Persönlichkeiten auch in den Hauptquartieren Lizards und Dequettes in den Gewerkschaften die besten Verteidiger der deutschen Einheit erkennen, wagen sie es doch nicht, entscheidende Schritte dagegen zu tun, weil sie die Massenbewegung der in dieser Hinsicht von links nach rechts einigen Arbeiterchaft kennen. Ganz besonders wichtig aber ist, daß auch diese Drahtzieher in Paris von der Eigenkraft der rheinischen Sonderbündler nichts, aber auch rein gar nichts halten. Nur Frankreich kann, wie Paul Douquet mit Recht an anderer Stelle betont, das separatistische Problem lösen, indem es sich auf ganz andere Kreise, als sie die Sonderbündler vertreten, stützt.

Nach schwerer ist die Frage für Belgien, von wem Flamen und Wallonen sich stark gegen die Errichtung eines rheinischen Pufferstaates wenden. Ein unabhängiges Rheinland, wie es sich die unabhängigen rheinischen Parteien ausmalen, würde ja ein beratig von Industrie begünstigtes Wirtschaftsgelände werden, das es ganz

automatisch zur Ausfuhr seiner Industrie-Produkte drängt und jeden Wettbewerb ins Feld schlagen müßte. Während die Elässer bekanntlich eine rheinische Republik warm befürworten, weil sie dadurch die deutsche Kultur auf dem linken Rheinufer auch im eigenen Land zu führen hoffen, wenden sich die Flamen gegen dieselbe Bewegung eines Dornen und anderer Narren, die eine rheinische Republik unter dem Schutze französischer Bajonette münchen. „Gewiß kann Frankreich“, so heißt es in „Het laatste Nieuws“, eine Politik treiben, die ihm gefällt, aber es will uns scheinen, daß Belgien darüber wachen muß, daß das belgische Oberkommando sich ab-

seits hält gegenüber einem so verdächtigen Klüngel, wie es das Treiben des rheinischen Separatismus ist. Die wirkliche Unabhängigkeit Belgiens gilt uns mehr als der Separatismus.“ Als ein bezeichnendes Gericht, das zurzeit am Niederrhein selbst umgeht, mag zugleich der gewissenhafte Chroniker die Formel verzeichnen, das Königreich Belgien könne keine rheinische Republik neben sich dulden, um nicht ebenfalls von einer revolutionären Bewegung angefaßt zu werden. In Brüssel denke man daher ernsthaft an ein Großherzogtum Niederrhein, das dann einem hochadeln Prinzen aus der nächsten Verwandtschaft des belgischen Königs gegeben werden könne.

Selbst die wärmsten Befürworter der deutschen Unfreiheit wagen doch nicht an die Errichtung einer selbständigen rheinischen Republik zu glauben, solange nur die schmutzige Geheißenschaft der Separatisten die Führung übernommen hat. In den ernsthaften politischen Parteien Deutschlands ist es, diesem Urteil von sich aus zu folgen und ihrerseits jede Verbindung mit den französisch-belgischen Befehlshabern abzulehnen. Selbst wenn dann die rheinische Republik wirklich ausgerufen werden sollte, wird sie von selbst an der eigenen Unfähigkeit der Führer und an der Schwäche der Gefolgschaft zugrunde gehen!

## Die Stellung der Regierung Stresemann gefährdet.

Reichswirtschaftsminister von Kaumer zurückgetreten.

### Die Kabinettskrise.

3. Von unserer Berliner Redaktion wird uns gemeldet:

Die Reichsregierung ist über Nacht in eine schwere parlamentarische Krise geraten. Dienstag vormittag hat zwischen dem Kanzler und den Parteiführern eine Aussprache stattgefunden, um eine Klärung der kritischen Lage herbeizuführen. Die Unterredung hat aber nicht das gewünschte Ergebnis gebracht, im Gegenteil, die Haltung der Deutschen Volkspartei hat sich erheblich verschärft, so daß das Weiterbestehen der Regierung Stresemann in ihrer jetzigen Zusammensetzung gefährdet erscheint. Der Führer der Volkspartei, der Abgeordnete Scholz, hat dem Kanzler im Namen seiner Partei folgende drei Forderungen überreicht:

1. Die Reichsregierung soll eine personelle Umgestaltung erfahren.
2. Die Deutschnationalen sind in die Regierung mit einzubeziehen.
3. Der Achtundzantag soll umgestaltet werden.

Dr. Scholz erklärte, daß seine Partei nicht dem von der Reichsregierung verlangten Ermächtigungsgesetz zustimmen könne, wenn die vorstehenden Forderungen nicht angenommen würden. Der Reichskanzler hat den Parteiführern den Inhalt des von ihm geplanten Ermächtigungsgesetzes mitgeteilt und forderte sie auf, ihm bis zum Abend ihre Entscheidung zu übermitteln. Die Klärung, die der Reichskanzler mit dieser Forderung erreichen will, scheint in den späten Abendstunden noch nicht herbeigeführt zu sein. Um 8 1/2 Uhr ist im Reichstag bekannt geworden, daß die angesagte Reichstags-Sitzung nicht mehr stattfinden wird, daß also auch die angekündigte Kanzlerrede nicht gehalten wird. Es ist unbestimmt, wann das Plenum wieder einberufen wird. Inzwischen dauern die Besprechungen im Reichstag an. Man hat den Eindruck, daß die Krise in der Regierung sich auf einen Personenwechsel innerhalb des Kabinetts beschränkt. Es verlautet, daß Wirtschaftsminister Kaumer und Ernährungsminister Luther ihre Ämter zur Verfügung gestellt haben. Von bürgerlicher Seite wird stark darauf hingedehnt, daß Finanzminister Hilferding durch einen weniger theoretisch veranlagten Finanzpolitiker ersetzt wird.

Was die bevorstehende Regierungserklärung anbetrifft, so beruht sie, wie die „Zeit“ berichtet, auf Beschlüssen von außerordentlich weittragender Bedeutung. Sie soll zunächst außenpolitisch die Konsequenzen aus der Lage ziehen. Es ist klar, daß die Franzosen nicht verhandeln wollen, sondern daß sie auch nach Einstellung des passiven Widerstandes den Kurs ihrer bisherigen Politik weiter verfolgen wollen. Dabei ist namentlich die Art, wie sie die Wiedereinführung der deutschen Beamten behandeln, für Deutschland unerträglich. Der Dienst, den man den Beamten aufzwingen will, ist ein schwerer Eingriff in die Hoheitsrechte der Reichsregierung. Es ergibt sich aus der ganzen bisherigen Politik von selbst, daß die Reichsregierung diesem Vorgehen nicht ruhig zusehen wird. Die Regierungserklärung wird keinen Zweifel darüber lassen, daß man in Berlin entschlossen ist, auf das französische Vorgehen die einzig mögliche Antwort zu geben. Mit dieser Haltung sind sämtliche Parteien einverstanden, so daß in außenpolitischer Hinsicht eine Einheitsfront

von den Deutschnationalen bis zur Sozialdemokratie einschließlich besteht.

Innenpolitisch bringt die Regierungserklärung als wichtigsten Bestandteil die Vorlage des Ermächtigungsgesetzes, durch das sich die jetzige Reichsregierung die Vollmacht geben lassen will, alle ihr notwendig erscheinenden Maßnahmen wirtschaftlicher, finanzieller und sozialer Natur im Verordnungsweg durchzuführen. Dieses Ermächtigungsgesetz umfaßt auch die zurzeit besonders eingehend erörterten Fragen der Produktionssteigerung durch Abschaffung. Es besteht in dieser Hinsicht grundsätzlich keine Meinungsverschiedenheit mehr, da von allen Parteien die Notwendigkeit einer Produktionssteigerung und die größere Anspannung der Arbeitskraft unbedingt anerkannt wird. Strittig ist wohl nur noch die Formulierung und die Frage der tatsächlichen Durchführung. Wie sich aus den Besprechungen mit den Parteiführern ergeben hat, liegt die Haupt Schwierigkeit indessen nicht auf sachlichem, sondern auf persönlichem Gebiet. In der Besprechung der Parteiführer mit dem Kanzler ist die Frage aufgeworfen worden, welche Persönlichkeiten mit der Durchführung des Ermächtigungsgesetzes betraut werden sollen. Um die Beantwortung dieser Frage drehen sich im wesentlichen die jetzt noch schwebenden Verhandlungen.

### Minister v. Kaumer zurückgetreten.

Berlin, 2. Okt. (Drahtber.) W.A.B. meldet: Wie wir aus parlamentarischen Kreisen erfahren, hat Reichswirtschaftsminister v. Kaumer sein Rücktrittsgesuch eingereicht.

### Verchiebung der Reichstags-Sitzung.

Berlin, 2. Okt. (Drahtber.) Reichstagspräsident Loh hat um 8 Uhr im Reichstag mitgeteilt, daß die für heute angesagte Sitzung nicht stattfinden könne. Der Zeitpunkt der nächsten Sitzung steht noch nicht fest.

### Die Stellung der Parteien.

Berlin, 2. Okt. (Drahtbericht.) Ueber den Verlauf der Fraktions-Sitzungen der verschiedenen Parteien wird dem W.A.B. aus parlamentarischen Kreisen berichtet: In der Fraktions-Sitzung der Volkspartei war der Kanzler selbst anwesend und legte sein Programm vor. Die Fraktion stellte sich hinter seine Politik. Auch das Zentrum hat beschlossen, der Politik Stresemanns zuzustimmen und eine event. Erweiterung des Kabinetts nach Rechts nicht abzulehnen. Doch dürfte es feststehen, daß das Zentrum auf der Mitarbeit der Demokratischen Partei bestehen bleibt. Die Demokraten erklären, daß sie an Personenfragen nicht interessiert seien, daß sie aber mit den Deutschnationalen zusammen nicht in der Regierung bleiben würden. In diesem Sinne erklärte sich auch die Sozialdemokratie, sie hält darauf, daß ihre drei Minister in der Reichsregierung bleiben. Bezüglich des Ermächtigungsgesetzes erklären die Sozialdemokraten, daß sie dem Gesetz zustimmen werden, soweit es sich auf die allgemeine Politik beziehe, nicht jedoch in den Punkten, die die wirtschaftlichen und sozialen Fragen betreffen, insbesondere halte die Sozialdemokratie unbedingt am Achtundzantag fest.

### Poincarés Verschleppungstaktik.

Paris, 2. Okt. (Eig. Drahtber.) „Petit Parisien“ berichtet: Es verlautet an amtlicher Stelle, daß an eine Aufnahme von Verhandlungen mit Deutschland nicht zu denken sei, solange nicht alle Verordnungen zurückgezogen seien. Erst wenn dies der Fall sein sollte und wenn Deutschland die Ausführung seiner Erlasse genau überwache, seien wirtschaftliche Verhandlungen mit der Reichsregierung möglich. Bis dahin seien alle Abmachungen irgend welcher Art zwischen Frankreich und Deutschland ausgeschlossen.

Paris, 2. Okt. Poincaré hielt bei der Eröffnung des Provinzialrats des Norddepartements in Bar-le-Duc eine Rede, in der er u. a. erklärte: Die deutsche Regierung sei gezwungen, anzuerkennen, daß sie den Kampf nicht mehr fortsetzen könne. Dieses Zugeständnis habe man mit feindseligen Kommentaren umgeben. In zweideutiger Form habe man die Verordnungen, die den passiven Widerstand anordnet hätten, zurückgenommen. Bisher habe man nur Worte, und zwar wenig Lebenswichtige, gehört. Frankreich wolle der Taten leben. Man sei mit den Schmierarbeiten noch nicht am Ende. Wenn man die Formeln näher betrachte, deren sich die deutsche Regierung bediene, habe man die Verordnungen zurückzugeben, so schienen sie wichtige Realisierungen beizugehen zu lassen. Auf alle Fälle sei noch nichts entschieden. Man müsse in Ruhe abwarten, was sich ereignen werde.

Der „Petit Parisien“ schreibt, offenbar von der Regierung beeinflusst, keine neue Tatsache von Bedeutung habe die Lage geändert, seit die deutsche Regierung bekannt gegeben habe, daß sie die Wiederanfrage nur eines Teiles der Reparationslieferungen biligne. Staatssekretär von Malan habe zwar beim französischen Votschaffter in Berlin den Wunsch ausgesprochen, die Verhandlungen mit Frankreich wieder aufzunehmen. Wir haben zwar gesehen, daß die vollkommene Aufhebung des passiven Widerstandes seitens der deutschen Regierung verfügt worden ist. Trotzdem genügt eine einfache Betätigung dieser Art nicht, um die Zweifel zu zerstreuen und um die Fäden anzufassen, die die deutschen Entscheidungen der letzten Wochen noch aufweisen. Sobald die Absicht der deutschen Regierung zu Handlungen und Taten erfüllt habe, würden Verhandlungen möglich sein. Bis dahin würde sich Frankreich darauf beschränken, abzuwarten, bis die Arbeit im Ruhrgebiet wieder aufgenommen worden sei.

### Aufruf an die Bergarbeiter zur Arbeitsaufnahme.

Dortmund, 2. Okt. Der Verband der Bergarbeiter Deutschlands, der Gewerkschaftsbund der christlichen Bergarbeiter und der Christen-Donnersche Bergarbeiterverband haben einen Aufruf an die Bergarbeiterchaft im besetzten Gebiet erlassen, in dem sie die Bergarbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit auffordern.

### Englands Ruhepolitik.

London, 2. Okt. In seiner Rede bei Eröffnung der Reichskonferenz führte Baldwin zum Thema der Reparationen aus: Es habe sich als unumgänglich erwiesen, Deutschland zur Erfüllung seiner Reparationsverpflichtungen anzuhaltend. Während die Alliierten grundsätzlich darin einig gewesen seien, daß Deutschland bis zur Grenze seiner Leistungsfähigkeit zahlen müsse, sei die britische Regierung davon überzeugt gewesen, daß die Ruhrbesetzung für die Alliierten nur von Nothelf sein konnte. Sie habe sich deshalb abgesetzt.

### Das Ergebnis der Goldanleihe.

Berlin, 2. Okt. (Drahtber.) Nach amtlicher Feststellung sind auf die Goldanleihe 104 224 186 Goldmark gezeichnet worden und zwar rund 120 Millionen durch Einzahlung von Papiermark, rund 30 Millionen durch Einzahlung von Devisen und rund 2 1/2 Millionen durch Einzahlung von Dollar-Gewerkschaften.

Der Kampf-Sonntag in Düsseldorf

17 Deutsche getötet, 91 verwundet.

Düsseldorf, 2. Okt. Das was berichtet aus Düsseldorf, die letzte Untersuchung habe ergeben, daß die Zahl der Opfer beträchtlich höher sei, als zuerst angenommen wurde. 17 Deutsche seien getötet, darunter 12 Zivilisten, 3 Schupo- und zwei blaue Polizeibeamte, außerdem seien 91 Deutsche verwundet worden, die in den Krankenhäusern behandelt wurden. Zwei Franzosen seien leicht verletzt worden.

In einem Schreiben an den Regierungspräsidenten teilt General Denigès mit, daß die Düsseldorfer Schupo aufgelöst ist, die kommunale Polizei zu verstärken. Ueber Zusammenfassung, Stärke und Waffen der Polizei und den Zeitpunkt, bis zu welchem die Organisation beendet sein muß, wird der kommandierende General des Brückenkopfes noch Vorschriften erlassen. Die Angehörigen der Schupo sind informiert.

Berichte von englischen Augenzeugen über den Mord an den deutschen Polizisten.

London 2. Okt. „Daily Telegraph“ veröffentlicht einen Bericht seines Sonderberichterstatters in Düsseldorf, in dem festgestellt wird, daß die Schupo, als sie zur Wiederherstellung der Ordnung ihren Standort verließ, von den Separatisten sofort nach ihrem Erscheinen mit scharfen Schüssen empfangen wurden. Die Polizei hat diese erwidert, aber ihre Mäntel befehlten und zunächst in die Luft feuerte. Als sie jedoch der dauernden Schierei ausgesetzt war, hat sie energisch eingegriffen müssen. Die Tatsache, daß sich unter den toten und verwundeten Deutschen drei tote und dreizehn verwundete Polizisten befinden, sei ein Beweis dafür, daß die Schupo einem entschlossenen bewaffneten Widerstande gegenüberstanden habe. Der Berichterstatter erklärt, es sei wichtig, dies zu betonen, da eine Darstellung der Separatisten weit verbreitet worden sei, der zufolge das gesamte Vorgehen der Polizei vorfälschlich geplant und brutal durchgeführt worden wäre. Dem Berichterstatter zufolge wird die Behandlung der blauen Polizisten durch die Separatisten vor den Augen der französischen Kavalleristen vollkommen bestätigt durch einen amerikanischen Studenten aus Oxford, der diese Episode aus kurzer Entfernung mit angesehen habe.

Der Düsseldorfer Berichterstatter der „Times“ schildert wie nach der Schierei die Franzosen die gesamte blaue Polizei entwaffnet haben, die zum Tragen von Waffen berechtigt ist, während die Franzosen die Separatisten, die im Besitz von Waffen waren, nicht behelligt haben. Wie der Berichterstatter schreibt, geben die Franzosen zu, daß die Schierei nicht von der grünen Polizei eingeleitet wurde, behaupten aber, daß sie von Agence-Präsidenten hervorgerufen wurde.

Der Sonderberichterstatter der „Daily News“ schildert, wie die Franzosen die Separatisten unterstützten und wie sich die französischen Truppen bei den Vorgängen in Düsseldorf verhielten. Er berichtet von furchtbaren Szenen vor dem Breitenbacher Hof, wobei entwaffnete Beamte der blauen Polizei von einer Separatistenbande folgeschlagen wurden, während französische Kavalleristen, die diese Polizisten eskortierten, ruhig zuschauten und darnach den Separatisten die Hände schüttelten.

Weitere Absichten der Französlinge.

London, 2. Okt. Der „Daily Mail“ wird aus Düsseldorf gemeldet: Die Separatisten würden sich nach Koblenz begeben, um der Rheinlands-Kommission eine Petition zu überreichen, in der verlangt wird, daß die Polizeigewalt und die offizielle Gewalt im gesamten Rheinland ihnen anvertraut würde. Einen ähnlichen Schritt würden sie auch bei General Degoutte unternehmen.

Goethes Bergbesteigungen.

Von G. v. Graevenitz.

Goethe ist alles andere wie ein Gipfelfresser gewesen, um den neugotischen und bergsportlichen Ausdruck zu gebrauchen. Dagegen hat er die Auffassung seiner Zeit von der idealen Vereinerung, die eine Gipfelbesteigung für Steigerung von Lebensgefühl, Naturerkenntnis, Naturerkenntnis u. naturwissenschaftlichen Fortschrittsstand mit sich bringt, ungemein erweitert. Und er kann in solchen Beziehungen auch heute noch unser Vorbild und Lehrer sein. Noch heute ist eine begeisterte und gleichzeitig geistig und naturwissenschaftlich standhafte Auffassung einer Gipfelbesteigung, wie sie die Abhandlung über den Granit von 1784 gibt, unübertroffen. Ihre Gedanken, auf einem hohen nackten Gipfel sitzend und eine weite Gegend überblickend, kann ich mir sagen: hier ruhest du unmittelbar auf einem Grunde, der bis zu den tiefsten Orien der Erde hinreichend, keine neuere Schicht, keine aufgehäuften zusammengegeschwemmten Trümmer haben sich zwischen dich und den festen Boden der Umwelt gelegt, du gehst nicht in jenen schönen, fruchtbareren Tälern über ein anhaltendes Grab, diese Gipfel haben nichts Lebendiges erzeugt und nichts Lebendiges verschlungen, sie sind vor allem Leben und über alles Leben — so ist Monolog des Dichtersforschers wird noch heute für viele Bergwanderer und Naturfreunde wegweisend sein.

Bergbesteigungen des Anabens und Jünglings Volfgang um den weiteren Umkreis seiner Vaterstadt entpinnen dem natürlichen Drogen, sie durch Steigen eine weite Aussicht zu erheben, sie entdecken, soweit wir beurteilen können, noch jedes sportlichen oder naturwissenschaftlichen Charakters. Aber es tritt bei ihnen schon früh das Bedürfnis nach geographischer Orientierung mitbestimmend hinzu, das ihn bei seinen späteren Reisen auf Kirchtürme, wie den des Straßburger Münsters, des Glockenturms von St. Marco usw. führt. Der erste höhere Gipfel, den der Schwabinger Besteigt, ist wohl der 880 Me-

Die Einstellungsbedingungen der Regie.

Berlin, 2. Okt. Auf die Absicht Frankreichs, deutschen Beamten im besetzten Gebiete den Dienst auf die Regie aufzuzwingen zu wollen, wird nach der „Zeit“ durch die Reichsregierung die einzig mögliche Antwort erteilt werden. Mit dieser Haltung seien sämtliche Parteien einverstanden.

In Gelsenkirchen baute eine Kommission der Eisenbahnergewerkschaften Verhandlungen mit den Franzosen wegen der Wiederaufnahme der Arbeit an, die wegen der unerfüllbaren Forderungen der Franzosen zu keinem Ergebnis führten.

Immer noch Kriegsergebnisse.

Randau, 2. Okt. Das französische Kriegsgericht in Randau hat gestern den bekannten Politiker Dr. Raßig, den Vorsitzenden der Demokratischen Partei der Pfalz, in Abwesenheit zu einer Gefängnisstrafe von 5 Jahren verurteilt. Die chemische Fabrik Dr. Raßig hatte von der deutschen Eisenbahnbehörde vor der Besetzung zwei Lokomotiven gemietet, die in dem Betrieb liegen geblieben waren, worin die Franzosen den Tatbestand der Behälter erlitten.

Neue Gewaltmaßnahmen.

Berlin, 2. Okt. Wie der „Vorwärts“ aus Essen meldet, droht eine neue Ordnung den deutschen Beamten, die der Besatzungsbehörde Atteinteilung und Aufstellungsbereitungen verweigern, Gefängnisstrafe bis zu 5 Jahren an.

Brutale Ausweisungen.

Essen, 2. Okt. (Priv. Tel.) Gestern morgen 8 Uhr erschienen französische Truppenkommandos in der Beamtenkolonie Rhein-Elbe-Park der Zeche Rhein-Elbe und teilten den dort wohnenden Bechenbeamten mit, daß sie sich innerhalb einer Stunde zur Ausweisung bereit zu halten hätten. Um 9 Uhr erschienen Soldaten, auf die die Ausgewiesenen unterschiedslos geladen und unbefannt wohin abgeführt wurden. Die Ausweisung erfolgte derart streng und schnell, daß sogar schulpflichtige Kinder aus der Schule geholt werden mußten, um mit den Eltern ausgewiesen zu werden. Die freigeordneten Wohnungen wurden sofort von französischen Bechenbeamten und Arbeitern bezogen. Es verlautet bestimmt, daß die Franzosen nun auch den Kohlenförderung der Zeche Rhein-Elbe in eigene Regie nehmen wollen.

Die Loslösungspolitik der Saarregierung.

Wie in der Saarpresse mitgeteilt wird, können nach einem Uebereinkommen zwischen der Reichspostverwaltung und der Presseverwaltung des Saargebietes Bestellungen auf die in Deutschland erscheinenden Zeitungen und Zeitschriften vom 1. Oktober 1923 ab von den saarländischen Postanstalten nur noch für diejenigen Zeitungen und Zeitschriften entgegengenommen werden, die in der deutschen Auslandspresseliste aufgeführt sind, und zwar nur zu den in der genannten Liste angegebenen Preisen.

Wie vom Reichspostministerium hierzu mitgeteilt wird, war diese Vereinbarung mit der saarländischen Postverwaltung notwendig, nachdem die Regierungskommission des Saargebietes es abgelehnt hatte, die Verrechnungssart für die Zeitungen bei Befellungen im Inlande (Grundzahl mal Schlüsselzahl) im Saargebiet anzuwenden. Da die saarländische Postverwaltung der Reichspost nicht mehr untersteht, ohne Zustimmung der Regierungskommission daher Anordnungen deutscher Behörden im Saargebiet nicht mehr zur Anwendung kommen können, so blieb kein anderer Weg als die obige Regelung. Das Verhalten der Regierungskommission des Saargebietes beweist aber auch in diesem Fall, daß sie alles daran setzt, um das Saargebiet nach außen hin für Deutschland als Ausland einzustellen, obwohl auch nach dem Verfall der Diktat das Saargebiet unbestrittener Bestandteil des Deutschen Reiches geblieben ist. Die Re-

gierungskommission hat schon mehrfach Verstöße auf postalischem Gebiet gegen die staatliche Zugehörigkeit des Saargebietes zu Deutschland unternommen, u. a. auch durch das Verlangen, Berechnung des Postes für Pakete nach dem Saargebiet auf der Frankenkasse, Aufnahme der saarländischen Zeitungen in der Postzustellungsliste unter Ausland usw.

Die Lage in Bayern.

Berlin, 2. Okt. Wie die Blätter hören, hat sich die bayerische Staatsregierung mit der württembergischen Staatsregierung ins Benehmen gesetzt, um über die politische Lage und ihre möglichen Konsequenzen für beide Länder in einem Meinusaustausch einzutreten. Es soll beabsichtigt sein, die Deutschnationalen in die württembergische Regierungskoalition aufzunehmen.

München, 2. Okt. Das am Samstag durch den Generalkommissar v. Kahr ausgesprochene Verbot der sog. Selbstschutzabteilungen der Sozialdemokratischen Partei wird heute durch eine Verordnung im Staatsanzeiger in seinen Einzelheiten bekannt gegeben. Es erlirkt sich auf die rechtsrheinischen Gebiete Bayerns, die Sicherheits- und Selbstschutzverbände der V.E.P.D. und der R.P.D. werden verboten und aufgelöst. Waffen, die zu Zwecken der aufgelösten Verbände gebildet haben, insbesondere Schusswaffen mit Munition, Schlagwaffen aus Gummi, Holz und Metall oder sonstigen Stoffen sind dem Staate ohne Entschädigung zu verfallen. Wer einem hiernach aufgelösten Verbände angeschlossen oder sich einem aufgelösten Verband oder einem neu gebildeten Verband unterstellt, wird mit Gefängnis oder einer auf Geld lautenden Strafe, deren Höchstmaß unbestimmt ist, bestraft.

Der „Völkische Beobachter“ ist erschienen. Er ist in Bayern nicht verboten worden.

Ein merkwürdiger Fall.

Frankfurt, 2. Okt. Die „Frankf. Ztg.“ meldet: Durch das Eingreifen bayerischer Behörden ist ein Goldtransport der Reichsbank von Nürnberg nach Berlin verhindert worden. Die starke Anlieferung von Noten durch die von der Reichsbank in Bayern beschaffigten sieben Druckerer hatte Naumburgervertreter in der Nürnberger Reichsbankfiliale verurteilt, denen die Bankleitung durch die Verladung eines dort aufgelagerten Goldvorrates von etwa 60 Millionen Goldmark nach Berlin begegnen wollte. Durch das Eingreifen des Chefs der Staatspolizei Nürnberg-Fürth wurde der schon vor vierzehn Tagen ins Auge gefasste und inzwischen vorbereitete Transport am vergangenen Freitag in letzter Stunde unmöglich gemacht, so daß die Bankleitung gestern Gold wieder in ihre Tresors zurückzunehmen. Nun kann kein Zweifel bestehen, daß die Reichsbank in der Verfügung über ihre Goldvorräte innerhalb des Reiches keinerlei Einschränkung durch irgend eine staatliche Macht unterworfen werden kann, daß also der Eingriff des Nürnberger Polizeichefs, der von Kahr ausdrücklich gebilligt sein soll, einen schweren Rechtsbruch darstellt. Wir hören denn auch, daß die Angelegenheit noch weitergeht, und daß sich die Reichsregierung der Sache angenommen hat.

Forderungen der jüdischen Kommunisten.

Berlin, 2. Okt. Nach Blättermeldungen aus Dresden haben die Kommunisten bei den Verhandlungen über ihren Eintritt in die sächsische Regierung eine Reihe von Forderungen aufgestellt. Sie verlangen u. a. sofortige Mobilisierung der Massen, sofortige Einberufung des Landtages, Beseitigung des Ausnahmezustandes, Verstärkung und Bewaffnung der gemeinsamen Abwehrorganisationen, die auch die Grenze gegen Bayern sichern sollen. Sofortige Einsetzung gemeinsamer Aktionsausschüsse. Vorbereitungen zur Durchführung des politischen Massenstreiks und Bildung eines mitteldeutschen Abwehrblocks.

Wie die „Voss. Ztg.“ erfährt, fanden heute nachmittags in Leipzig Besprechungen zwischen den Sozialdemokraten und Kommunisten über die Bildung von gemeinsamen Hundertschaften statt.

Angriffe auf die Reichswehr in Sachsen.

Dresden, 2. Okt. Das Bezirkskommando teilt mit: In Freiberg wurden nach dem Verlassen eines Schanklokals am 30. September 1923 mehrere Reichswehrangehörige von einer beirächtlichen Ueberzahl junger Burken umringt und bedroht. Die Reichswehrangehörigen schlugen sich mit ihren Seitengewehren durch. Hierbei wurden einige Zivilisten verletzt. Einer ist seinen Verletzungen erlegen.

Der Puff in Küstrin.

Berlin, 2. Okt. (Amtlich.) Das Küstriner Abenteuer hat ein schnelles Ende gefunden. Ein Entsetzen der nach Küstrin herangezogenen militärischen Verbänden war nur in geringem Umfange notwendig. Die Auffständischen in einer Gesamtkräfte von etwa 400 Mann unter einem Duzend Nabelsührern sind alle gefangen und entwaffnet worden. Bei der Räumung der Umgebung von Küstrin ist noch eine Bande von etwa 30 Köpfen ausgehoben worden. Das Feuergefecht am letzten Abend brachte den Aufständischen einen Toten und einige schwer und leicht Verletzte ein. Die Truppen haben keine Verletzte zu beklagen. Die nach Küstrin herangezogenen Truppenteile werden heute wieder in ihre Standorte zurückgeführt.

Waffenfunde.

Jamnendingen, 2. Okt. In Rietheim bei Tullingen wurde auf dem Schloß des Barons Varnbühler eine Suche nach Waffen veranstaltet. Es wurden ungefähr 300 Gewehre mit Munition vorgefunden, Varnbühler wurde sofort verhaftet. Die Waffen wurden nach Tullingen transportiert, wo es beim Abladen der Gewehre zu erregten Szenen kam. Die Unruhestifter, die sich anheimend der Waffen bemächtigen wollten, wurden zerstreut.

Der Staatsstreich in Spanien

Wie schon so oft haben die spanischen Generäle sich der Staatsgewalt in Madrid bemächtigt. Diesmal geht es, die Befestigung eines durch Parteiuntreue verlassenen Regiments, das scheinbar die Zügel am Boden schleifen ließ. Darüber drohte das ganze Staatswesen aus den Fugen zu gehen. Ein unbalbbares Ministerium folgte dem andern. Trotz Finanznot schwoh das Beamtenheer immer mehr an und dies durch nur zu viele völlig Unberufene und Unfähige, die als Parteimänner einrückten. Man kam aus dem Chaos nicht heraus. Die Catalonier mit dem in einem Aufstand befindlichen Barcelona drohten mit Losrennung. Anarchisten und Kommunisten, Umwälzer aller Art waren bei der Arbeit. Am peinlichsten empfanden die Militärs die Niederlage des Jahres 1921 in Maroffo und den Rückzug dorthin. Dies alles brachte die nationalen Empfindungen in Wallung. Weder das Parlament noch die Regierung entsprachen dem wahren Volkswillen. Und so ist der Staatsstreich über Nacht geplatzt, ohne daß auch nur ein Flintenschuß gefallen wäre.

Wie König Humbert zum Diktator Mussolini, so hat König Alfonso zur Diktatur des Marquis de Estella an der Spitze der Generalität Amen gesagt, ihm die Präsidentschaft des Ministeriums übertragen und das Parlament aufgelöst. Die Zivilminister räumten das Feld ohne jeden Widerstand. Für Präsident Albe (!) schickte ins Ausland. Wohin de Estella zieht, hat er ungewissentlich genug dadurch bekundet, daß sein Erlies ein Hundigungs-Telegramm an Mussolini gewesen ist. Er vertritt im übrigen, die militärische Diktatur nur vorübergehend ausüben zu wollen, und dies nur, um einem Zivilregiment die Bahn zu ebnen, das eine zramme nationale Haltung einnehmen wolle und könne. Er macht in dessen ganze Arbeit. Nicht

ter hohe Feldberg im Taunus, „von dem uns dann“, wie „Dichtung und Wahrheit“ im 6. Buch berichtet, „die weite Aussicht immer mehr in die Ferne lockte“.

Etwa zehn Jahre später, am 18. Juni 1775, steht der Dichter im Verfolg seiner ersten Schweizerreise auf der Aussichtshöhe des Rigi, den vor ihm nur wenige Nichtsteiger bestiegen hatten. Leider lassen uns seine dürftigen gleichzeitigen Tagebuchaufzeichnungen und Briefe von dieser Reise über Eindrücke dieser Besteigung so gut wie ganz im Stich. Aber „Dichtung und Wahrheit“ läßt im 8. Buch die innere Bewegung jener Augenblicke bei den aus der Nebelwelt hervortretenden und westlichen Landschaftsbildern, bei dem „nie gesehenen, nie wieder zu schauenden Anblick“ kräftig wieder aufleben. Sehr viel ergiebiger sind für den, der Goethe als Alpenwanderer kennen und lieben lernen will, seine in weiten Kreisen auch der Goethegenenide so vielfach nicht gekannten Briefe von der zweiten Schweizerreise. Nur wenig nach der Wirklichkeit überarbeitet, bieten sie einen Höhepunkt der Schilderung in dem Emporsteigen zu der von den Anwohnern schlechweg als „der Berg“ bezeichneten Höhe des St. Gotthard, geben sie hier eine künstlerisch vollendete Darstellung namentlich des Zusammenfließens von Eindrücken der Natur und der Menschenart, wofür letztere, wenn sie mit der Natur fertig werden will, „Winde und Wolken anbeten“ muß. Und man beachte, daß dieser Antriebe, von dem Goethe und seinen Begleitern lebhaft abgeraten wird, im schneereichen November ausgeführt wird.

Zwischen diese beiden Schweizerreisen schiebt sich im November 1777 die erste Harzreise mit ihrer Brockenbesteigung am 10. Dezember ein. Auf deren weittragenden Einfluß auf des Dichters geistige Ausweitung und physisches Kraftgefühl kann und darf im Rahmen dieser Skizze nur hingewiesen werden, weil seine Tagebücher und Briefe, die Kampagne in Frankreich u. s. f. anschauliche Hinweise dafür bieten, weil das rhapsodische Gedicht „Harzreise im Winter“, die Walpurgisnacht des ersten Teils des Faust die

eindringlichsten Belege des dichterischen Segens liefern, den ihm „des gefährlichen Gipfels schneebehangener Scheitel“ geboten hat, der ihm zum „Altar des heiligsten Dankes“ wird. Auch hier wie bei dem Winterantrieb auf den Gotthard handelt es sich in Anlehnung der Jahreszeit und der Anschauungen der Zeitgenossen um eine im heutigen touristischen Sinne höchstleistung der kraftvollen und dauernd besüßenden Ueberwindung besonderer Hindernisse und Schwierigkeiten.

Das 37. Lebensjahr des Dichters und Ministers des Kleinstaates Weimar bringt nach der ersten Schicksalswende des Einzugs in Weimar die zweite der Nacht vor Weimar und deutschem einengendem Wesen, bringt mit dem Antritt der ersten italienischen Reise 1786 Abschlus und Beginn von Lebensepochen. Für unser Einzelthema der Erweiterung des Lebenshorizonts durch Bergbesteigungen bildet diese Reise einen Abschlus: nach der Besteigung des Besuv und sizilianischer Berggipfel und nach seiner Rückkehr nach Deutschland ist keine Berghöhe mehr für ihn zu einem richtigen Eindruck geworden. Von einer Besteigung der Schneefone können wir nicht weiter als eine sehr lakonische Notiz darüber in dem ebeno lakonischen Notizbuch von der schließlichen Reise des Jahres 1790.

Wie hoch Goethe die persönliche Berührung mit dem Naturphänomen des Besuv eingeschätzt hat, geht weniger aus bewundernden Sätzen von gleichzeitigen Aufzeichnungen und den späteren der „Italienischen Reise“ hervor als aus der Tatsache, daß er ihn in 17 Tagen dreimal bestiegen hat. Er „rekonozitiert“ ihn am 2. März 1787, „belagert“ ihn geistig am 6. und kann dann nach der dritten Besteigung am 19. März, nach seiner Besue beruhigt, schreiben: „Man habe auch tausendmal von einem Gegenstande gehört, das dem unmittelbaren Anschauen“. Er hat so „alle Zufälligkeiten dieses mitten im Paradies aufgetürmten Höhengipfels“ in seine geistigen Schauern gesammelt und gibt uns nun zum Schluß auch eine Erklärung seines gewissermaßen gerühigten und verhaltenen Beschrei-

lungstones: „Der herrliche Sonnenuntergang, ein himmlischer Abend erwiderten mich auf meiner Rückkehr; doch konnte ich empfinden, wie sinnverwirrend ein ungeheurer Gegenstand sich erweise. Das Schreckliche zum Schönen, das Schöne zum Schrecklichen, beides hebt einander auf und bringt eine gleichgültige Empfindung hervor. Gewiß wäre der Neapolitaner ein anderer Mensch, wenn er sich nicht zwischen Gott und Satan eingeklemmt fühlte.“ Ist hier so die Wendung zum allgemein Menschlichen in der Auffassung eines großen Naturwunders gefunden, so tritt das warme Verständnis für die besondere italienisch-katolische Auffassung in seinem Bericht über den Aufstieg zum Monte Pellegrino bei Palermo beherrschend in den Vordergrund. Es ist der Berg der Schwelger der Stadt, der St. Rosalia; Goethe nennt ihn geradezu den Rosalienberg und würdigt gerade diese seine Bedeutung in so anmutender Weise, daß italienische Gedektafen seines Besuchs am 6. April 1787 mit ganz besonderer dankender Wärme gedenken. Wir wissen nicht, ob Goethe die 597 Meter hohe ausschweifende Kurve dieses von ihm als „schönstes aller Vorgebirge der Welt“ gefeierten Vesulkanmassivs aus „graun Sandstein der früheren Epoche“, das erst in nachplötzlicher Zeit landfest geworden ist, bestiegen hat; dem heutigen Reisenden sei dieser letzte Anstieg zur Höhe jedenfalls aufs wärmste empfohlen. Betont sei auch, daß die charakteristischen Umrisse des Vorgebirges ebenso wie der Besuv in zahllosen Reifestissen und Zeichnungen von Goethe selbst und von seinen Freunden Kniep, Gaderi, Tischbein usw. erscheinen und die genannten eindringlichen Anschauungen des Reisenden von 1787, der ganz Auge war, in die Erinnerungen des späteren Lebens und in die Mappen des Sammlers übertragen haben. Den steil in Schnee geschliffen Gipfel des 379 Meter hohen Meta-Vesuvius — denn um ein Gebirge handelt es sich — hat Goethe nicht bestiegen, sondern nur die Aussichtswarte der Monti roffi mit dem umfaffenden Blick auf den Gipfel. Diese Tagesstour rundet seine geologischen und Vulkankenntnisse der gesamten „plutonischen“ Gegend von Catania

genug damit, daß die Kriegsgesetze in Funktion getreten sind — die korruptierten Geschworenen-gerichte sind mit einem Federstrich abgetan worden. Die Ruhe ist bislang nicht gestört worden. Die große Mehrheit der Bevölkerung verhält sich abwartend und bringt die Stellung entchieden entgegen. Am meisten zu befechten hat er, daß innerhalb des Heeres ein Zwiespalt zum Ausbruch kommt. Er kann denn auch seine Kameraden nicht genug davor warnen, es ihm nachzumachen! Die anarchistischen und kommunistischen Umstürzler sucht er mittels einer Organisation von Freischärlern, ähnlich den Faschisten Mussolinis, schwach zu machen.

Die neue deutsche Wehrpflicht.

Die Reichsregierung wird häufig und dringend an das Wort erinnert, das der Reichstanzler in seiner bekannten Stuttgarter Rede von der neuen deutschen Wehrpflicht gesprochen hat, von der Pflicht zum Wohle des Ganzen, zur Erhaltung von Volk und Vaterland das Höchstmögliche an persönlicher Leistung jeder Art aufzuwenden. Unbestreitbar kann der Verlauf der letzten Wochen den Eindruck erwecken, als ob in dieser Hinsicht nicht alles gegeben sei, was vielleicht hätte gegeben werden können. Und doch ist es ratsam, auch in dieser Hinsicht bei der Beurteilung die Ruhe und Mäßigkeit zu bewahren, die auf allen Gebieten heute mehr denn je erforderlich ist. Wenn man sich einmal überdenkt, was die Regierung in den sieben Wochen ihres Bestehens für eine Summe von Arbeit hat leisten müssen, dann wird man doch zurückhaltender werden, wenn man geneigt ist, ihr für einzelne Fragen eine gewisse Saumseligkeit vorzuerwerfen. Das gilt für die Währungsfrage sowohl, wie für die viel erörterte Erhöhung der Produktion.

Einmal durch die neuen Steuern, dann aber auch durch andere Maßnahmen vor allen Dingen durch die Aufhebung der Ausfuhrbeschränkungen, ist der Wirtschaft neben neuen Lasten auch eine größere Bewegungsfreiheit gegeben worden. Diese muß voll ausgenutzt werden. Denn letzten Endes ist auch eine wirkliche Währungsreform nur dann möglich, wenn wir mehr Werte erzeugen, als wir verbrauchen. Wenn man also auf der einen Seite von dem Unternehmertum erwartet, daß es gewaltige Opfer trägt, dann muß man auf der anderen Seite auch von der Arbeiterschaft erwarten dürfen, daß sie Verständnis für die Notwendigkeiten des Tages zeigt. Der Ruf nach der neuen deutschen Wehrpflicht ergeht daher auch an die Arbeiterschaft und an deren Führer, die sich frei machen müssen von alten Schlagworten und alten Gedanken, mit denen man früher wohl die Parteiangehörigen bei der Stange halten konnte, die heute aber keine aktuelle Bedeutung mehr haben. Im Schoß des Reichstages werden Maßnahmen vorbereitet, die eine Steigerung der Produktionsleistung unserer Wirtschaft ermöglichen sollen. Das wird dann den Prüflingen abgeben, daß die Gewerkschaften und ihre Führer die Bedeutung unserer Lage voll begriffen haben und auch entschlossen sind, die daraus notwendigen Folgerungen zu ziehen. Erst wenn das geschieht, wird das schöne Wort von der neuen Wehrpflicht des deutschen Volkes ganz zur Wirklichkeit werden. Das wird dann auch ein großer Schritt zur wirtschaftlichen und vor allen Dingen zur moralischen Gesundung unseres Volkes werden.

Badische Politik

Aus der Zentrumsparlei.

Generalsekretär Goepfert ist von der Leitung des Generalsekretariats der badischen Zentrumsparlei zurückgetreten, um sich an einem anderen Posten dem politischen Leben zu widmen. Die Frage der Nachfolgerschaft ist noch nicht geklärt.

Steuerabzug bei Beamten

in den Monaten August und September 1923 und künftig.

I. Es kann als bekannt vorausgesetzt werden, daß bei der Berechnung des einzubehaltenden Steuerabzugs von Gehalts- und Lohnempfängern eine gewisse Ermäßigung eintritt, ein sogen. Freiteil gewährt wird. Die dabei in Betracht kommenden Sätze wurden ursprünglich durch Gesetz und seit neuerer Zeit — zufolge Ermächtigung in § 46 Abs. 8 des Eink.-St.-Ges. in der Fassung vom 28. Dezember 1923 mit Zustimmung des Reichsrats und eines Ausschusses des Reichstags — vom Reichsminister der Finanzen neu (der Geldwertveränderung folgend) festgesetzt. Diese Neufestsetzungen wurden meistens in einem Zeitpunkt bekanntgegeben, in dem die größeren Staatsstellen (Landeshauptkasse, Oberfinanzkasse, Eisenbahnhauptkasse usw.) mit der Vorbereitung ihrer auf einen bestimmten Termin fälligen Gehaltszahlungen schon soweit fortgeschritten waren, daß sie bei den auf diesen Termin zu leistenden Zahlungen nicht mehr die inzwischen herausgekommenen, neuen Ermäßigungssätze berücksichtigen konnten, sondern noch die vorher geltenden Sätze angewendet hatten. Dies hatte zur Folge, daß dem Gehaltsempfänger jeweils wegen des Unterschieds ein Ausgleich bei der nächsten ordentlichen Gehaltszahlung gutgebracht werden mußte. Im Juli d. J., als dieser Unterschied — namentlich für Vierteljahrs-empfänger — einen recht erheblichen Betrag ausmachte, wurde vom Badischen Finanzministerium die Anordnung getroffen, daß der zuviel einbehaltene Betrag den Beamten alsbald rückerstattet, also nicht erst bei der nächstfälligen Zahlung ausgeglichen werde. Inzwischen sind ähnliche Neufestsetzungen am 1. August, 1. September und 16. September d. J. getroffen worden. Es ist anzunehmen, daß die hieraus sich ergebenden Ausgleichs bei der Zahlung am 1. Oktober d. J. nachgeholt werden.

Was für ein Ausgleich kommt in Betracht? Zur Ermäßigung seien nachstehend die maßgebenden Ermäßigungssätze wiederholt und die daraus entstehenden Unterschiede herausgestellt; dabei muß aber noch erläutert werden, daß die auf diese Weise ermittelten Unterschiede nur dann in Betracht kommen, wenn die auf 1. und 16. September für diesen Monat ein Durchschnittssatz anzuwenden ist. Er berechnet sich nach den Einzel-Ermäßigungen

Table with columns: ab 1. Sept., ab 16. Sept., auf durchschntzl., für Mann, für Frau, für Kind, für Werbungskosten, Man gelangt hiernach zu folgender Aufstellung: Juli, August, (1. Unterschied), Mann, Frau, Kind, Verb.-Kost., Septemb.-Durchschnitt, (2. Unterschied), Notwendiger Ausgleich im ganzen.

Es ergeben sich also für den bisherigen Vierteljahrsempfänger die folgenden Ausgleichsbeträge auf 1. Oktober 1923: für einen ledigen Beamten mit 5 152 000 M., für einen verheirateten Beamten ohne Kinder mit 5 704 000 M., für einen verheirateten Beamten mit 1 Kind mit 9 884 000 M., für einen verheirateten Beamten mit 2 Kindern mit 13 064 000 M., für einen verheirateten Beamten mit 3 Kindern mit 16 744 000 M., für einen verheirateten Beamten mit 4 Kindern mit 20 424 000 M., für einen verheirateten Beamten mit 5 Kindern mit 24 104 000 M. Nachdem die Oktoberbezüge für die badischen Beamten teils im gedrückten Verfahren durch die Landeshauptkasse, teils im Besoldungsgedruckverfahren ausbezahlt werden und die Ueberweisung des von der Landeshauptkasse

berechneten Oktober-Gehaltsanteils auf der Grundlage eines Teuerungszuschlags von nur 13 580 v. H. erfolgt, so ergibt sich dabei ein so niedriger Besoldungsbetrag, an dem der Steuerabzug vorgenommen wird, daß der Ausgleichsbetrag zusammen weit den für Oktober zukünftigen Freiteilen bei Beamten mit größerem Familienstand 10 v. H. des von der Landeshauptkasse übermittelten Betrags übersteigt, infolgedessen kommt in solchen Fällen ein Steuerabzug für Oktober überhaupt nicht zustande.

Beispielsweise hat ein verheirateter Karlsruher Beamter mit 2 Kindern und 200 Millionen Mark von der Landeshauptkasse als Oktoberbezug erhalten; hiervon Steuerabzug 10 v. H. = 20 Millionen Mark. Sein Oktoberfreiteil berechnet sich auf 2 x 720 000 + 2 x 4 800 000 + 6 000 000 = 17 040 Millionen Mark. Der Ausgleichsbetrag für August und September nach obiger Berechnung auf 13 064 Millionen Mark, zusammen 30 104 Millionen Mark. Verbleiben also dem Beamten immer noch gutgehörig: 10 104 Millionen Mark, die in der November-Zahlung noch zu berücksichtigen sind.

II. Dieses für die zahlenden Kassen gewiß etwas zeitraubende und Kräfte in Anspruch nehmende Geschäft der Ausgleichsberechnungen scheint nunmehr vereinfacht zu werden. Denn wenn die Gehaltsbezüge monatlich gezahlt werden, die Neufestsetzungen der Steuerermäßigungsätze aber halbmächtig erfolgen, so werden diese Kassen immer mit einem Ausgleich nachhaken müssen. Eine solche Regelung deutet darauf hin, daß im Reichsfinanzministerium bei der einen Amtsstube Dinge geordnet werden, die durch die Anordnung einer anderen Amtsstube daselbst in der Praxis gründliche Bemerkungen oder Geschäftsvorgängen zur Folge haben. Wenn die Stelle, die solche widersprechende Anordnungen durchläßt, für den hierwegen entstehenden Mehraufwand an Beamtenkräften im ganzen Reich aufkommen müßte, so würde sie sehr bald eine einheitliche Regelung finden.

Aus Baden

Schwebingen, 1. Okt. Da die Bürgermeisterei wahlen zu keinem Ergebnis geführt haben, hat das Ministerium des Innern Bürgermeister Hans Götz aus Mannheim auf die Dauer von zwei Jahren zum kommissarischen Bürgermeister der Stadt Schwebingen ernannt.

Mannheim, 2. Okt. Am Ludwigshafener Hauptbahnhof wurde eine Razzia auf wilde Devisenhändler und Devisenkäufer vorgenommen und hierbei eine Person verhaftet.

Offenburg, 2. Okt. An den Folgen eines Schlaganfalls ist im Alter von 78 Jahren der frühere langjährige Direktor des Vorwärtsvereins gestorben.

Zell a. S., 2. Okt. Bei der Bürgermeistereiwahl ist der bisherige Bürgermeister von Kleinfrauenburg Karl Schäfer, der von den bürgerlichen Parteien aufgestellt war, gewählt worden.

Freiburg, 1. Okt. Altstadtrat August Baumert, der in der Zeit von 1890 bis 1910, der Zeit der großen Unternehmungen unter Oberbürgermeister Dr. Winterer, im öffentlichen Leben der Stadt Freiburg eine nicht unbedeutende Rolle gespielt hatte, ist nach längerem Leiden gestorben.

ab, die heute auch von weniger eiligen Reizenden zu Unrecht vernachlässigt wird. Auch von diesen Studien und dauernd beglückenden Reisereminderungen sprechen in bereicherter Weise dem heutigen Besucher des Goethe-National-Museums dessen Laven- und Gesteins-Sammlungen.

Theater und Musik

Badisches Landestheater. Die „Lohengrin“-Aufführung am Sonntag, die nur schwach besucht war, stand diesmal unter der musikalischen Leitung von Wilhelm Schweppe. Auch in dieser Aufgabe bewährte sich der ausgezeichnete und zuverlässige Dirigent in hervorragender Weise. Schweppe verständnisvolle, feinfühlig interpretierte gab dem Werk ungemein frischen, lebensvollen Atem. Seine überlegene Führung zeugte von sicherer Beherrschung der Partitur. Rudolf Walpe, der seinerzeit als Lohengrin auf Verpfändung gaktierte, hat inzwischen nicht unweiseliche Fortschritte gemacht. Das Spiel ist bewegter, nuancenreicher geworden; auch stimmlich hatte der Künstler schöne, packende Momente. Allerdings muß Walpe noch manches hinzulernen, damit die Verkörperung des Graalritters jenes Format erhält, das wir hier gewohnt sind und verlangen müssen. Die Gesangsrolle des Hietervendbare und vorbildlich strebende Sängerin eine feiselnde Leistung, die gleichermäßen durch die prächtige gesungene Durchführung der Partie wie das poetische, besetzte Spiel ausgezeichnet war. Der wichtige Teilnamend von Max Büttner und der stimm-gewaltige König von Walter Barth sind als vorzügliche Leistungen bekannt. Anna Baumert-Jacobson vom heftigen Landestheater in Darmstadt erfreute als Ortrud wieder durch ihr intelligentes Spiel; gefanglich war die Künstlerin etwas matt. Den Heerrufer sang Fritz Voigtner mit ausdrucksvoller Stimme. Hans Bussard führte mit gewohnter Umficht die Regie. Die vier Eckelnaben, die hübsch sangen, sollte er indes nachexerzieren lassen, da

am Sonntag hinsichtlich ihres Auftretens einige Verwirrung herrschte.

Das Publikum war beifallsbegeistert; am Schluß der Vorstellung konnte neben den Trägern der Hauptrollen auch Kapellmeister Schweppe vor dem Vorhang erscheinen.

Clavierabend Eugen d'Albert. Zu einem außergewöhnlichen Ereignis gestaltete sich der Clavierabend, den Eugen d'Albert am Montag im Konzerthaus gab. Das Konzert, das gut besucht war, vermittelte starke künstlerische Eindrücke. Eugen d'Albert war in bester Bedalaune. Das ist sehr wichtig für einen Pianisten, dem es weniger auf die Hervorhebung technischer Viend-werks ankommt, der vielmehr in erster Linie Gestalter ist. Und die kraftvolle, leidenschaftliche Art, mit der Eugen d'Albert auf dem Klange-vollen Steinway-Flügel vor allem die Appa- sionata, dann aber auch Schumanns „Carnaval“ gestaltete, ließ die Werke in ungemein eindring- licher, faszinierender Schönheit erklingen. Man braucht dabei mit d'Alberts Auffassung nicht in allem einverstanden zu sein, man wird auch manche technische Vorfälle in Kauf nehmen — bestehen bleibt doch die überragende nach- schäpferische Kunst dieses seltenen Pianisten, der auch in der hinreichenden Wiedergabe zweier Impromptus von Schubert und einiger Chopin- werke seine Meisterhaftigkeit erweist. Weniger konnte die letzte Programmmummer befre- tigen, die einige zwar effektvolle, aber nicht son- derlich gehaltvolle Stücke von Debussy, Sat- ierabine, Irland und Debussy brachte; doch wußte d'Albert dank seines ungemein farbigen Spiels natürlich auch mit diesen Stücken die Hörer zu fesseln. Der Künstler wurde außer- ordentlich herzlich gefeiert; der Beifall ver- stummte erst, als d'Albert drei Zugaben gelien- dete — keine Kleinigkeit nach dem voraus- gegangenen umfangreichen Programm. S. W.

Uraufführung im Münchner Residenztheater. Die sehr München als Theaterliebhaber im Hinter- treffen geraten ist, erkennt man aus der Tatsache, daß nur in den seltensten Fällen eine ungerer vielen Schauspielereien eine Uraufführung bringt. Ver- trauten wir die unterschiedlichen Spielpläne, so sehen wir immer wieder die bewährten Stücke

Shams, Neu-Ausgrabungen älterer Erfolgs-Kombi- den (so gelingen dem „Schneider-Wibel“ im Schauspielhaus jetzt wieder Szenen) und gute Inszenierungen älterer Werke. Uraufführungen sehen wir nur in seltenen Ausnahmefällen. Und dann handelt es sich umselbst um Ausnahmefälle. Die solche sind auch Georg Brittings Tragödie „Die Stubenfliegge“, die, der die Jahre ungeliebt, an einer ungerer repräsen- tativsten Schauspielbühne uraufgeführt zu werden. Britting, den wir als Urfriseur kannten, hat mit diesem Werke den Befähigungsnachweis eines Dra- matikers noch nicht erbracht, obwohl sein Stück in den ersten beiden Akten einen guten Verlauf nimmt und in mancher menschlichen Einsicht zu inter- essieren vermag. Es gibt eigentlich nicht gestaltetes Schauspiel, sondern nur einen Durchschnitt durch eine bürgerliche Tragödie. Die Figur eines ewigen Dienstmädchens, das als Haushälterin von Witwer zu Witwer zieht, aber nirgend Fuß fassen kann, weil der von ihm Verehrte meist nach einem hüben Jahre stirbt, birgt tragikomische Möglichkeiten. Tragödie ist das Schicksal der Heimarlosen, komisch der Gegensatz ihrer Religiösität zu einem neuen Messias, der recht unbekümmert und durchaus nicht launisch erbarmlos ist. Diese Figur mit ihrer neuen Schläue und inneren Brutalität ist Britting gut gelungen. Verlangt aber hat er bei den Ver- suchten, Schicksal zu gestalten. Die Voraussetzun- gen: das Auftreten des Bräulein Anna im Hause des eben am Witwer gestorbenen Herrn Gruber, des ersten Verwurde, den nicht ganz Untröstlichen für sich einzufangen, ihre Stellungnahme den Hausgenossen gegenüber — das ist dem Verfasser gelungen. Und so mußte der bisher fernsehende Gruber sich ins Bett legen und, nach einem von Bräulein Anna inspirierten Testament, vom Schau- platz verschwinden. So gibt das Stück nichts an- deres als die Zufallschickung einer der Lebens- situationen des niederen Bürgertums. Es ist geome- trisch gelassen, freisinnig, es beginnt da, wo es un- möglich ausgebaut hat und fängt, im dritten Akte, auf eine neue Art, da sich hier bei der Erbe zusammen- treffenden Anna bereits ein neuer Kandidat meldet. Und auch der huius ist ein wenig, so daß die besten Aufzüge auf eine baldige Vererbung vor- handen sind.

Banal ist des Stückes Diktion. Britting schilbert alltägliches, Etagebürgerliches mit banalen und spießbürgerlichen Mitteln, anstatt eine Ueberlegung ins Dichteriische zu versuchen. So entsteht der Ein- druck einer von ihrem Stoffe nicht freikomenden Partitur. Und höchst unvollkommen bleibt so die Transparenz des Menschlichen durch das Kleinliche und Banale. Hier ist der tiefere Grund für das künstlerische Unbehagen zu erkennen, das dieses Stück schließlich verurteilt. Die Regie hätte dem Ganzen die banerliche Dialektfärbung geben sollen, die es verdient. Banerlich ist das Milieu, Anschauungsart und Gestaltung der hier darge- stellten Spielbürger ist durchaus fideles. Das hätte zum Ausdruck gebracht werden sollen, sehr zum Nutzen des Stückes. Dialekt ist ja in gemäßigtem Sinne — auf dem Theater — Erlaß für geistigen Gehalt. Im übrigen ist es der vorzüglichen Dar- stellung gelungen, über die Schwächen des Stückes hinwegzutäuschen. — Diese darstellerischen Ver- stellungen erklären den Beifall, für den sich am Schluß auch Herr Britting bedankte. Richard Rich.

Vom Höllental, 2. Okt. Bei der Erinnerung an den Erbauer der badischen Schwarz- waldbahn, die dieser Tage ihr fünfzigjähriges Bestehen begehen konnte, ist verhältnismäßig wenig daran gedacht worden, daß Baudirektor Robert Gerwig auch sonst im badischen Schwarz- wald manches Denkmal seiner Tätigkeit hinter- lassen hat. So baute er u. a. die Fortsetzung der Hauptbahn von Basel bis Konstanz mit den Brücken über den Rhein oberhalb Balbsruh und bei Konstanz, die Linde Radolfzell-Sigmaringen und endlich die Höllentalbahn von Freiburg bis Neustadt. Beim Bau der Stationen und Wär- terhäuschen wurde neben der Zweckmäßigkeit auch Reiz der Charakter und Bauphil der Wegend berücksichtigt und das Manerwerk bei Viadukten und Einschnitten mit der Natur möglichst in Ein- klang gebracht. Leider hat Gerwig die Ein- weihung der Höllentalbahn im Mai 1887 nicht mehr erlebt, zwei Jahre vorher erlag er plötzlich einem Herzleiden.

Radolfzell, 2. Okt. Nachdem der Bürger- auschuß die Einführung einer Getränke- steuer beschlossen hat, sind die Wirte in den Strick getreten und wollen keine Getränke mehr verabfolgen, bis die Steuer wieder auf- gehoben ist.

Konstanz, 2. Okt. Ein gemeiner Dieb- stahl ist in den letzten Tagen hier ausgeführt worden. Aus einem Hausgang wurde einem Scherfrüchsbekleideten das Fahrrad gestohlen, das für ihn die einzige Fortbewegungsmöglich- keit war.

Bunte Chronik

Explosion im Potsdamer Bahnhof in Berlin. Im Gebäude des Potsdamer Ringbahnhofs liegen an der Durchgangseite nach dem Wann- seebahnhof die Diensträume des Eisenbahn- betriebsamtes Nr. 7. Montag nachmittags erfolgte in den unter dem Betriebsamt liegenden Keller- räumen eine heftige Explosion, durch die die Wände und Decke eingerissen wurden. Die in den Diensträumen des Betriebsamtes 7 arbei- tenden Beamten wurden mit der zusamen- brechenden Decke in die Tiefe gerissen und ver- schüttet. Die sofort herbeigerufene Feuer- wehr machte sich schleunigst an die Aufräumungs- arbeiten. Sie konnte bis jetzt drei verletzte Per- sonen bergen. Man vermutet, daß sich unter den Trümmern noch mehr Personen, sogar Tote, befinden. Die Ursache der Explosion ist noch nicht mit Sicherheit festgestellt worden. Einige Personen, die dort aus und eingingen, behaupten, kurz vorher einen intensiven Gas- geruch wahrgenommen zu haben.

Großer Brand in Bulgarien. Aus Sofia wird gemeldet: Ein heftiger Brand brach am 30. Sep- tember in der Stadt Braga aus. 200 Gebäude, darunter die Zweigniederlassung der National- bank und die Wirtschaftsbank, wurden zerstört. Aus Sofia wurde Hilfe geschickt. Der Brand entstand durch Selbstentzündung landwirtschaft- licher Produkte. Der Materialschaden ist sehr groß. Auch Menschenleben fielen dem Feuer zum Opfer; ihre Zahl steht noch nicht fest.

Sehung eines Goldschätes. Im Mai 1922 ging an der Küste der französischen Bretagne der englische Dampfer Egypt unter, nachdem er mit dem französischen Dampfer Seine zusammenge- stoßen war. Er nahm eine Barsumme von über 20 Millionen Goldmark in englischer Münze mit in die Meerestiefe. Eine schweizerische Gesellschaft hat nunmehr die Konzeption erworben, das Brack zu heben, um die Summe wieder aus Tageslicht zu befördern. Die größte Mühe verurteilt zu- nächst die Feststellung der Stelle, an der das Brack liegt. Es gelang endlich, es sechs Meilen von der Stelle entfernt zu finden, an der der Zu- sammenstoß stattfand. Dort liegt das Brack auf felsigem Grund in einer Tiefe von 360 Fuß. Man will nunmehr an die Hebearbeit gehen. Das Tauchen ist bei dieser großen Tiefe außerordent- lich schwer, da man statt der üblichen Ausrüstung der Taucher eine Art Stahlrüstung verwen- den muß.

Kunst und Wissenschaft

Eine japanisch-deutsche Zeitschrift. Unter dem Namen „Japanisch-Deutsche Zeitschrift für Wis- senschaft und Technik (Nichi-Doku-Gakugei)“ ist auf Anregung des Direktors der Medizinischen Akademie in Data, Prof. Dr. Saita, der seinerzeit mit dem Vorkämpfer Dr. Solf die Deutsch- japanische Vereinigung in Data ins Leben gerufen hat, eine Monatschrift begründet wor- den. Sie wendet sich in erster Linie an die deut- sche Bildung nahelebenden Kreise Japans (Mediziner, Naturwissenschaftler, Juristen, Inge- nieure, die Vertreter der deutschen Philologie, der historischen und philologischen Wissenschaften und die Deutschen in Japan). Sie soll die- sen in Originalbeiträgen der namhaftesten deut- schen Forscher und Schriftsteller eine unmittel- bare Teilnahme an deutschen Geistesleben er- möglichen. Andererseits wird die Zeitschrift Bei- träge erster japanischer Gelehrter bringen. Die Zeitschrift, die im Verlag v. Hofmann u. Co. Lübeck, erscheint, wird herausgegeben von Prof. Dr. Saita mit Unterstützung der Deutsch- japanischen Vereinigung in Data, des Instituts für Kultur- und Universalgeschichte bei der Uni- versität Toyo, Direktor Professor Dr. Goez und des Ostasiatischen Seminars der Universität Toyo, Direktor Prof. Dr. Conrads.





# Wirtschafts- und Handelszeitung

## Letzte Kurse im Devisen-Freiverkehr.

Frankfurt a. M., 2. Okt.  
 London 1600 Millionen  
 Newyork 370 Millionen  
 Im übrigen keine Notierungen.

## Die Goldmark

am 2. Okt. berechnet nach dem amtlichen Berliner Dollarbriefkurs, 1 Dollar = 4.20 Mk. Vorkriegswert,  
**76 380 952** Papiermark.

## Stundung und Erlass der Arbeitsgeberabgabe.

Mitteilungen der Steuerausfuhrstelle der Handelskammer Karlsruhe.

Das Gesetz über die Befreiung der Betriebe, gegen dessen Durchführung seitens aller Kreise von Handel und Industrie die schärfsten Bedenken erhoben worden sind, weil es ohne Rücksicht auf den Ertrag der Erhalten vieler Unternehmen, besonders der mittleren und kleineren untergründig, soll nach Auffassung des Reichsfinanzministeriums eine Befreiung sein, die aus den laufenden Einnahmen und in deren Ermangelung aus der Substanz des Betriebes oder dem Privatvermögen der steuerpflichtigen Arbeitgeber zu tragen ist. Das Reichsfinanzministerium freit auf dem Standpunkt, daß infolgedessen auch die §§ 105, 108 der Reichsabgabenordnung, die Stundung oder Erlass bei besonderen Härten vorzusehen, in beschränktem Maße bei der Betriebssteuer anzuwenden seien. Da jedoch auf der anderen Seite in einer großen Zahl von Fällen die Erhebung der Steuer nicht nur eine Härte, sondern eine fast völlige Unmöglichkeit bedeutet, a. B. bei reinen Verkaufsaufträgen, hat der Reichsfinanzminister in einem Erlass den Finanzämtern empfohlen, in solchen Fällen, in denen die Höhe einer außerordentlich hohen Unkostenanteil ausmachen und weder genügend laufende Einnahmen, noch eine Substanz vorhanden ist, den steuerpflichtigen Arbeitgebern durch Stundung und erforderlichenfalls durch Erlass der Abgabe entgegenzukommen. Die Entscheidung in wichtigen Erlassanträgen behält sich das Reichsfinanzministerium selbst vor.

## Die Aufgaben des Devisenkommissars.

Im Unklarheiten zu beseitigen, äußerte sich der Devisenkommissar, Geheimrat Kellingner, vor Pressevertretern über seinen Wirkungskreis und seine Rechte und Pflichten. Er ging davon aus, daß es an sich niemand verboten ist, Devisen zu besitzen, sofern er den Nachweis über den rechtmäßigen Erwerb erbringen kann. Verbote ist nur der unrechtmäßige Erwerb. In diesem Falle ist das Reich berechtigt, dem Betroffenen seinen Besitz an Devisen ohne Entschädigung zu beschlagnahmen. Aber auch bei dem rechtmäßigen Besitz von Devisen entsteht die Frage, ob er die Devisen tatsächlich benötigt. Das führt zu der Unterscheidung zwischen produktiven und unproduktiven Devisen. Das Reich hat das Recht, die unproduktiven Devisen für sich in Anspruch zu nehmen gegen entsprechende Entschädigung. Nach der bisher üblichen Praxis erfolgt diese in Goldanleihe, jedoch kann auch in Ausnahmefällen eine Entschädigung in bar erfolgen. Selbstverständlich legt sich der Devisenkommissar in Ausübung seiner Pflicht gewisse Einschränkungen auf, einmal im Interesse der Ausländer, dann aber auch bei kleinen Leuten, die nur über unwesentliche Devisenbeträge verfügen. Die Prüfung hinsichtlich der produktiven Devisen erstreckt sich selbstverständlich auch auf die Kreise der Industrie und des Handels. Diese Prüfung kann nur in sehr vorläufiger Weise erfolgen, da unter allen Umständen eine Störung der Wirtschaft vermieden werden soll. Solche Devisen unterliegen der Beschlagnahme nicht, die zur Fortführung des Betriebes notwendig sind. Es ist daher bei jeder Untersuchung in den wirtschaftlichen Betrieben einnehmend festzustellen, wieviel Auslandforderungen oder Auslandverpflichtungen vorhanden sind, welche Forderungen und Verpflichtungen sich für die nächste Zeit ergeben, über welche Rohstoffbasis das betreffende Unternehmen verfügt oder mit welchen Rohstoffmengen es für die fernste Zukunft rechnen muß. Gerade bei den allergrößten Unternehmen erfolgen die Prüfungen zuerst und mit besonderer Sorgfalt, da gegebenenfalls aus diesen nennenswerten Devisenbeträgen herausgehoben werden. Ein Ergebnis aller Nachforschungen bei wirtschaftlichen Unternehmen liegt zurzeit noch nicht vor, da der Devisenkommissar erst seit 18 Tagen seine Funktionen erfüllt.

## Währungsbank und Neumark.

Der Reichsrat genehmigte einen Gesetzentwurf über die Errichtung einer Währungsbank, der die Schaffung eines realfundierten Zahlungsmittels, der Neumark, vorsieht, die der Goldmark gleichkommen soll. Die Neumark wird von einer vom Reich unabhängigen, durch die gesamte deutsche Wirtschaft zu erscheidenden Währungsbank mit einem Kapital von 3200 Millionen herausgegeben werden. Die Noten der Bank werden gedeckt durch 5 Prozent sämtlicher Goldrentenbriefe, die als Grundschuld auf den landwirtschaftlichen, industriellen und gewerblichen

Grundbesitz eingetragen werden. Zur weiteren Deckung sollen Gold und Devisen dienen. Die der Bank zustehende eingetragene Grundschuld soll auf 4 Prozent des Darlehens in Goldmark unverzinslich sein. Die Rentenbriefe werden zu je 500 Goldmark ausgestellt. Die Noten der Bank sollen gegen Rentenbriefe umgetauscht werden können. Die Währungsbank soll verpflichtet sein, dem Reich zur Tilgung der Reichsschuld bei der Reichsbank 1200 Millionen, davon 800 Millionen zinslos bleiben, zur Verfügung zu stellen. Die Papiermark bleibt bis auf weiteres gesetzliches Zahlungsmittel in bestimmter Höhe.

## Berliner Börse.

w. Berlin, 1. Okt.

Am Devisenmarkt hielt die feste Stimmung in vollem Umfange an. Im Vormittagsverkehr wurden bei verhältnismäßig geringem Geschäft die gestern Abend genannten Preise erhalten, wobei sich der Dollar auf 340-350 Mill. stellte. Die amtliche Notierung des Dollars war 320 Millionen bei starken Reparierungen, aber ohne Interventionstätigkeit der Reichsbank. Später zogen die Preise von neuem stark an. Der Dollar ging auf 385 Millionen in die Höhe.

## Mannheimer Produktenbörse.

k. Mannheim, 1. Okt.

Die Grundstimmung ist sehr fest, wegen der Umsätze verhältnismäßig klein sind, da sich die Geldknappheit bzw. die außerordentlich hohen Beträge, die bei dem Erwerb von Waren aufzubringen sind, immer stärker fühlbar macht. Man verlangte für Weizen 900-950, Roggen 725 bis 750, alte Gerste 670-690, neue Gerste 700-725, für alten Hafer 550-575 und für neuen Hafer 650 bis 675 Millionen Mark die 100 kg bahrfrei Mannheim. Von Futtermitteln ist Weizenkleie zu 360 bis 400 und Birtreber und Malzkeime zu 340 bis 380 Millionen Mark die 100 kg bahrfrei Mannheim angeboten. Für Mehl ist der Richtpreis für Basis 0 1,4 Milliarden, doch sind die Mühlen mit Angeboten nicht am Markt. Die zweite Hand verlangt 1,4-1,45 Milliarden Mark die 100 kg ab süddeutschen Mühlenstationen.

## Mannheimer Kolonialbörse.

k. Mannheim, 1. Okt.

Stimmung fest. Kaffee Santos 2,90-3,10, gewaschen 3,50-3,66; Tee mittel 7,75-8,75, gut 8,80-9,50, fein 9,50-10,50; Kakao inländischer 2,90-3,20, holländischer 3-3,50; Reis Burma 44, Weizengries 45, Hartweizengries 53 für je 1 Kilo. Preise in Goldmark auf Dollarbasis.

## Berliner Produktenbörse.

w. Berlin, 2. Okt.

Gegenüber dem scharfen Anziehen der Devisenpreise sind die Getreidepreise trotz der andauernden Aufwärtsbewegung noch erheblich hinter der Weltmarktparität zurückgeblieben. Das Geschäft konnte trotzdem keine große Ausdehnung am Produktmarkt gewinnen, da die Verhältnisse am Geldmarkt lähmend wirkten und die Kreditbedingungen nicht mehr zu erfüllen sind. Die Angebote des Inlandes lauten meist auf sofortige Disposition. Für Roggen bestand regelmäßiges Begehren bei wesentlich erhöhten Preisen. Weizen war ruhig, vielleicht weil Weizenmehl wegen der Geldknappheit vermehrt angeboten und weniger leicht zu verkaufen war. Gerste war still, aber in der Provinz dauernd begehrt. Hafer steht kräftig bei ruhigem Geschäft. Oel- und Futtermittel wesentlich kräftiger.

Berlin, 2. Okt. Weizen, märk. 460-490, Tendenz fest; Roggen, märk. 430-435, Tendenz fest; Sommergerste 460-480, Tendenz fest; Hafer, märk. 380-400, pommerscher 370-390, schlesischer 370 bis 380, Tendenz fest; Weizenmehl 1600-1900, Tendenz fest; Roggenmehl 1400-1700, Tendenz fest; Weizenkleie 215-220; Tend. ruhig; Roggenkleie 210-220, Tendenz ruhig; Rapskuchen 300 bis 320, Trockenschrot prompt 200. — Nichtamtliche Rohfuttermittelnotierungen: Weizen- und Roggenstroh drahtgepreßt 37-39, Haferstroh 36-37, Roggen- und Weizenstroh bindfadengepreßt 20-25, gebündeltes Roggenlangstroh 26-30, Heu, gutes 25 bis 26.

Württembergisch-Badische Verkehrs-Kreditbank A.G. Stuttgart. Von der Württembergischen Vereinsbank Stuttgart und der Rheinischen Creditbank Mannheim ist in Gemeinschaft mit der Deutschen Verkehrs-Kreditbank A.G. Berlin die obige Gesellschaft mit einem Grundvermögen von 100 Mill. Mark und mit dem Sitz in Stuttgart und Abrechnungsstellen in Stuttgart, Karlsruhe und Mannheim errichtet worden. Der Wirkungskreis der Bank ist Baden, Württemberg und Hohenzollern. Zweck der neuen Bank ist eine ganz bedeutende Vereinfachung des bisherigen Frachtenstundungsverfahrens, indem die Bank für ihre Kunden Zahlungen an Eisenbahnkassen jeder Art derart leistet, daß die Kassen Anweisungen an Zahlungsstat annehmen, welche die Kunden der Bank (Verfrachter) über die den Kassen geschuldeten Beträge ausstellen. Die Verfrachter werden neben anderen Vorteilen unter Wegfall jeden Bargeldverkehrs eine ohne weiteres auf je 14 Tage eintretende Frachtenstundung genießen. Zum Vorstand ist Dr. jur. Erwin Teuffel, Syndikus bei der Württ. Vereinsbank bestellt worden. Aufsichtsrat: Bankdirektor Bausack-Stuttgart (Vorsitzender), Bankdir. Regierungsrat Janzer - Mannheim, Kommerzienrat Berge-Stuttgart, Kommerzienrat Bronner-Berlin, Direktor Kapfer-Konstanz, Dir. Prerauer-Berlin, Dir. Ritscher-Berlin, Dr. Sigel, Präsident der Reichsbahndirektion Stuttgart. Außerdem wird noch ein Mitglied der Reichsbahndirektion Karlsruhe in den Aufsichtsrat gewählt werden.

Das Notenkontingent wurde für die Bayerische Notenbank München und die Sächsische Bank in Dresden auf je 13 500 Milliarden Mark, für die

Württembergische Notenbank in Stuttgart und für die Badische Bank in Mannheim auf je 4725 Milliarden Mark erhöht.

Die B. Finkelsteinschen Kellereien Geschäftseinträge wurden von einer neugegründeten A.-G. unter der Firma: Süddeutsche Weinkellereien A.-G. Sitz Karlsruhe, mit weiteren Niederlassungen in Lahr u. Königshausen am Kaiserstuhl übernommen. Das Aktienkapital beträgt 10 Milliarden. Als Vorsitzender des Aufsichtsrates wurden Fabrikant Ernst Kiefer, Kork, als zweiter Vorsitzender Kaufmann Heinr. Dreifuß, Karlsruhe, bestimmt. Zu weiteren Aufsichtsratsmitgliedern wurden gewählt: Dr. Halpern, Felix Levy, Baden-Baden und zwei Herren des Aufsichtsrats der Unionbrennereien A.-G. in Kehl.

Baldur A.-G. für gärungslose Fruchtleverwertung in Karlsruhe. Die Verwaltung beantragt bei einer auf den 20. Oktober einberufenen außerordentlichen Generalversammlung die Erhöhung des Grundkapitals um 71 Mill. Stamm- und 4 Mill. Mark Vorzugsaktien mit 25fachem Stimmrecht. Dieses 25fache Stimmrecht soll sich bei einer Kapitalerhöhung im Verhältnis der Erhöhung des Grundkapitals zu dem bisherigen Betrag steigern, was durch Aenderung des Gesellschaftsvertrages festgelegt werden soll.

Massenentlassungen bei der Bad. Anilin- und Sodafabrik. Wie verlautet, hat die Direktion der Bad. Anilin- und Sodafabrik ihre Gesamtbelegschaft entlassen.

Heros A.G. Herbolzheim a. d. Jagst. Die in Mosbach abgehaltene außerordentliche Generalversammlung beschloß die Erhöhung des Kapitals von 345 um 305 auf nominell 650 Mill. Mark, wobei den alten Aktionären ein Bezugsrecht im Verhältnis von 2:1 eingeräumt wird. Neu in den Aufsichtsrat gewählt wurden: Dr. Oskar Arendt-Berlin, Direktor W. Edelmann von den Oberhessischen Metallwerken Mannheim, Fabrikant E. Fein-Stuttgart, Direktor W. Kiesel von Benz u. Co. Mannheim, Direktor K. Knorr-Heilbronn, G. Rümelin-Heilbronn a. N., Oekonomierat und Landtagsabgeordneter Sack - Tauberbischofsheim. Ein Um- und Neubau kam in der letzten Woche an Stelle der ehemaligen Mahlmühle unter Dach und Fach. Der Betrieb, welcher als Triebkraft die bisher ausgebauten 50 PS. Wasserkraft benützt, kann voraussichtlich bis November aufgenommen werden. Die Gesellschaft stellt her: Materialien für die elektrotechnische Industrie, Dreh- und Fassenteile, Stanz- und Prägestücke usw. Das im Jahre 1915 ausgearbeitete Projekt eines Großkraftwerkes, welches die volle Ausnutzung der Wasserkraft vorsieht, soll, sobald es die in der Schwebe befindlichen Verhandlungen gestatten, ebenfalls in Angriff genommen werden.

A.-G. für Eisen- und Bronze-Gießerei vorm. Carl Flink, Mannheim. Die Generalversammlung beschloß, das Aktienkapital um 20 Mill. auf 39 Mill. Mark zu erhöhen. Die jungen Aktien werden einem aus den Bankhäusern Marx und Goldschmidt, Mannheim und Kronberger in Mainz bestehenden Konsortium zu 50 000 Prozent überlassen mit der Maßgabe, den Aktionären auf zwei alte eine neue zu 60 000 Prozent anzubieten.

Mannheimer Tagblatt A.-G. Die Buchdruckerei Max Hahn u. Co., Verlag des „Mannheimer Tageblattes“ ist mit einem Aktienkapital von 5,7 Mill. Mark in eine Aktiengesellschaft umgewandelt worden. Gründer sind die bisherigen Inhaber der Buchdruckerei Max Hahn u. Co.

Voigt & Haeflner A.-G. Frankfurt a. M. In der Generalversammlung, welche die Erhöhung des Aktienkapitals um 100 Mill. Mark neue Stammaktien beschloß, wurde den alten 10 Mill. Mark Vorzugsaktien I, die sich in den Händen des Publikums befinden und an der Börse gehandelt werden, ein Bezugsrecht eingeräumt, nicht aber den 20 Mill. Mark Vorzugsaktien II (Stimmrechtsaktien), die sich im Besitze der Deutschen Bank in Frankfurt a. M. befinden. Die V.-A. I, denen ein Bezugsrecht gewährt wird, sind inzwischen durch Aufzahlung in Stammaktien umgewandelt worden, mit Wirkung ab 1. Januar 1924.

Berliner Metallmarkt, 2. Okt. Raffinadekupfer 110-115, Originalhüttenweichblei 49-51, Originalhüttenzink im freien Verkehr 61-63, Remetallplattenzink 46-48, Originalhüttenaluminium in Blöcken 215-220, Bankzinn 380-390, Hüttenzinn 370-380, Reinblei 225-230, Antimon-Regulus 50-52, Silberbarren (ca. 900 fein) 7,5-8.

Hamburger Metallmarkt, 2. Okt. Silber (ca. 900 fein) prompt 6600-6200; Zink (Hüttenroh) 6200-5800; Zinn prompt 350-300; Gold 220-225; Platin 1110-1275.

Hamburger Altmetallmarkt, 2. Oktober. Kupfer 55-58; Rotguß 48-52; Messing leicht 32-34,50; Späne 32-34; Guß 35-38; Blei 18-19,50; Zink 18,50-20,50.

w. Viehmarkt in Mannheim am 1. Okt. Dem heutigen Viehmarkt waren zugefahren: 236 Ochsen, 115 Bullen, 386 Kühe und Rinder, 182 Kälber, 21 Schafe, 354 Schweine, 15 Wagenpferde, 159 Arbeitspferde und 36 Pferde zum Schlachten. Die Preise für ein Pfund Lebendgewicht bewegten sich in Millionen Mark für Ochsen Kl. A 19-21, Kl. B 17-19, Kl. C 15-17, Kl. D 13-15; Bullen Kl. A 18-20, Kl. B 16-17, Kl. C 15-16; Kühe Kl. A 20-22, Kl. B 19-21, Kl. C 14-16; gering genährtes Jungvieh (Färsen) Kl. A 12-14, Kl. B 10-13, Kälber Kl. B 26-27, Kl. C 25-26, Kl. D 22-24, Kl. E 20-22; Schafe Kl. A 18-20, Kl. B 16-18, Kl. C 14-16; Schweine Kl. B 42-43, Kl. C 41-42, Kl. D 40-41, Kl. E 40-41, Kl. F 40-42; Wagenpferde 30-60 Milliarden, Arbeitspferde 35-50 Milliarden, Schlachtpferde 6-12 Milliarden. Marktverlauf: mit Großvieh ruhig, langsam geräumt, mit Schweinen mittelmäßig, mit Kälbern ruhig, langsam geräumt, mit Arbeitspferden lebhaft. Die Preise sind Marktpreise für nüchtern gewogene Tiere und schließen sämtliche Spesen des Handels ab. Stall für Frachten, Markt- und Verkaufskosten, Umsatzsteuer sowie die natürlichen Gewichtsverluste ein, müssen sich also nicht unerheblich über die Stallpreise stellen.

## Devisennotierungen:

w. Frankfurt, 2. Oktober.

|               | 1. Oktober. | 2. Oktober. | 1. Oktober. | 2. Oktober. |
|---------------|-------------|-------------|-------------|-------------|
|               | Geld        | Brief       | Geld        | Brief       |
| Brüssel       | 18493750.   | 18541250.   | 19700625.   | 19799375.   |
| Holland       | 16828000.   | 16877000.   | 146133750.  | 146866250.  |
| London        | 148280000.  | 150370000.  | 167012000.  | 167987000.  |
| Paris         | 23893500.   | 23993500.   | 22344000.   | 22444000.   |
| Schweiz       | 60847500.   | 61125200.   | 60883750.   | 61132500.   |
| Spanien       | 46882500.   | 47117500.   | 47880000.   | 48120000.   |
| Italien       | 15960000.   | 16040000.   | 16957500.   | 17042500.   |
| Lissabon      | 62842500.   | 63157500.   | 65835000.   | 66165000.   |
| Dänemark      | 55860000.   | 56140000.   | 59850000.   | 60150000.   |
| Norwegen      | 84787500.   | 85212500.   | 96757500.   | 97242500.   |
| Helingsfors   | 9476250.    | 9523750.    | 9750000.    | 10250000.   |
| Newyork       | 34417800.   | 34888800.   | 369075000.  | 370925000.  |
| Wien (alties) | 4763.       | 4787.       | 528675.     | 531325.     |
| Dtsch. Oest.  | 1648875.    | 1654125.    | 2044875.    | 2055125.    |
| Budapest      | 1027225.    | 1092725.    | 1097250.    | 1102750.    |
| Prag          | —           | —           | —           | —           |
| Sofia         | —           | —           | —           | —           |
| Agram         | —           | —           | —           | —           |

w. Berlin, 2. Oktober.

|               | 1. Oktober. | 2. Oktober. | 1. Oktober. | 2. Oktober. |
|---------------|-------------|-------------|-------------|-------------|
|               | Geld        | Brief       | Geld        | Brief       |
| Amsterdam     | 94762500.   | 95237500.   | 128280000.  | 128940000.  |
| Brüssel       | 12568500.   | 12631500.   | 16159500.   | 16240500.   |
| Christiania   | 38344000.   | 38495000.   | 50473500.   | 50725000.   |
| Kopenhagen    | 43303000.   | 43303000.   | 56580000.   | 56943000.   |
| Stockholm     | 64239000.   | 64561000.   | 84580000.   | 85018000.   |
| Helingsfors   | 6483750.    | 6516250.    | 8528625.    | 8571375.    |
| Italien       | 10972500.   | 11027500.   | 14364000.   | 14438000.   |
| London        | 109725000.  | 110275000.  | 143670000.  | 144380000.  |
| Newyork       | 241385000.  | 242605000.  | 319200000.  | 320800000.  |
| Paris         | 147637000.  | 148370000.  | 191520000.  | 192480000.  |
| Schweiz       | 43092000.   | 43308000.   | 56587500.   | 57148000.   |
| Spanien       | 32917500.   | 33082500.   | 42892500.   | 43078000.   |
| Wien (alties) | —           | —           | —           | —           |
| Dtsch. Oest.  | 3412.       | 3428.       | 448850.     | 451150.     |
| Prag          | 7231975.    | 7268125.    | 9526125.    | 9573875.    |
| Budapest      | 12967.      | 13033.      | 16957.      | 17043.      |
| Lissabon      | 9576000.    | 9624000.    | 1319000.    | 13233000.   |
| Bulgarien     | 2244375.    | 2255625.    | 3142125.    | 3157875.    |
| Buen-Aires    | 50199000.   | 50601000.   | 10878000.   | 10928000.   |
| Japan         | 118065000.  | 118975000.  | 15810000.   | 15890000.   |
| Rio de Jan.   | 22942500.   | 23057500.   | 31421250.   | 31578750.   |
| Ugoslavien    | 2793000.    | 2807000.    | 3840375.    | 3859250.    |

Die kleine Ziffer bedeutet die Zetelung in Prozent.

Der für die Durchführung der Devisenverordnung maßgebende amtliche Mittelkurs des Dollars beträgt am 2. Oktober 320 Millionen Mark.

## Devisenkurse im Freiverkehr

Mitgeteilt durch das Bankhaus Straus & Co. Karlsruhe.

|          | a) vorläufig    | b) nachträglich |
|----------|-----------------|-----------------|
| Holland  | 125000-157000   | 125000-157000   |
| Schweiz  | 59000-70750     | 59000-70750     |
| Paris    | 19500-23750     | 19500-23750     |
| Belgien  | 17000-20500     | 17000-20500     |
| London   | 1450000-1800000 | 1450000-1800000 |
| Newyork  | 320000-400000   | 320000-400000   |
| Italien  | 14500-18000     | 14500-18000     |
| Tendenz: | schwankend.     | ruhig.          |

## Auswärtige Devisenmärkte.

Mark in Zürich am 2. Oktober: 0,000018 Cts. gleich 1 Fr. 55 555 555 Mark.

Ein englisches Pfund in Paris am 2. Oktober: 75,75 - 76,75 Frs. gegen 74,25 - 74,75 Frs. am 1. Oktober.

## Unnotierte Werte.

Mitgeteilt von Baer & Elend, Karlsruhe, Karl-Friedrichstr. 26

Alles circa in Million Mark

|  |       |                         |      |
|--|-------|-------------------------|------|
| Adler Kall                                     | 8500  | Petersbgr. Int.         | —    |
| Api  | 9000  | Rastatter Waggon        | 2000 |
| Bad. Lokomotivwerke                            | 1000  | Rodi & Wismannberger    | 600  |
| Baldur   | 170   | Schuhg                  | 200  |
| Becker Kohle                                   | 9000  | Sichel                  | 4000 |
| Becker Stahl                                   | 8500  | Sloman                  | 6000 |
| Benz   | 3500  | Taucherhandels-A.G.     | 70   |
| Brown Boveri                                   | 1000  | Teichgraber             | 1000 |
| Deutsche Lastauto                              | 1900  | Textil Meyer            | 12   |
| Deutsche Petroleum                             | 9500  | Turbo-Motoren           | 18   |
| Germania Lindolm                               | 150   | Ufa                     | 1700 |
| Grindler Zigarren                              | 350   | Zuckerwaren Speck       | 1500 |
| Growag   | 1000  | 5% Bad. Kohlenw.-Anl.   | 1500 |
| Hansa Lloyd                                    | 1000  | 6% Mannh. Kohlenw.-Anl. | 1500 |
| Helldorff Vorzugs-Akt.                         | —     | Anleihen                | 1500 |
| Inag   | —     | 7% Sächsische Braun-    | —    |
| Interkraftwerke                                | 550   | kohlen-Anleihen         | 320  |
| Kabel Rheydt                                   | 14000 | 5% Rhein-Main-Donau     | —    |
| Karstadt                                       | 900   | Dollar-Anleihen         | 220  |
| Knozz  | 2500  | 5% Neukarwerke Gold-    | —    |
| Krögershall                                    | 7500  | Anleihen                | —    |
| Landeswirtschaftsstelle für das Badische Hand- | —     | 5% Preussische Kail-    | —    |
| werk   | —     | Anleihen pro 100 kg     | 350  |
| Melland Chem.                                  | 35    | 5% Sächsische Roggen-   | —    |
| Meiner Spritzenfabr.                           | 700   | wert-Anleihen p. Ztr.   | —    |
| Möninger Metallerei                            | 1000  | 5% Sächs. Postver-      | —    |
| Offenburger Spinnerei                          | 1000  | bank-Obligationen       | 220  |
| Pax Industrie- und Handels-A.G.                | 28    |                         |      |

## Amtliche Nachrichten

### Ernennungen, Versetzungen usw.

der planmäßigen Beamten.  
 Ministerium des Innern.  
 Ernennung: Notizenmeister Karl Benner, Hans Schröder und Bernhard Steiger in Mannheim zu planmäßigen Polizeiwachmännern.

### Aufbau- und Unterrichtsministerium.

Ernennung: Gemeindeführer Emil Jäger in Durmangen zum Direktor der Hörschule dortselbst. Gemeindeführer Dr. Dipl.-Ing. Otto Wetzle zum Gemeindeführer an der Hörschule in Durmang. Gemeindeführer Waldemar Böttcher in Durmangen zum Gemeindeführer an der Hörschule dortselbst.

Verfest: Professor Dr. Anton Greinacher an der Hörschule hier an das Berufshochschulamt Freiburg.  
 Zurückverfest: Zeicheninspektor Fritz Buchberger in Gengenbach auf Ansuchen bis zur Wiederherstellung seiner Gesundheit.

### Arbeitsministerium.

#### Wasser- und Straßenbauwesen.

Ernennung: Konstat Bernhard Bach bei der Wasser- und Straßenbauverwaltung zum Konstatassistenten.  
 Verfest: Bauleitender Karl Joseph in Rickenbach zum Wasser- und Straßenbauamt Überlingen. Straßenbauamt Ludwigsloch in Venzheim zum Wasser- und Straßenbauamt Bonndorf unter Zurücknahme seiner Verlegung nach Dornau. Die Vermessungsassistenten Stefan Ebelmeier in Bühl zum Vermessungsamt Schopfheim und Karl Stengels in Schopfheim zum Vermessungsamt Bühl.  
 Zurückverfest auf Ansuchen wegen vorerkrankten Alters: Regierungsbaumeister Adolf W. R. in Bühl bei der Wasser- und Straßenbauverwaltung unter Ernennung zum Bauamt und Straßenbauamt Josef Gili in Hildern.

Gehtorden: Oberfinanzsekretär A. F. Karl Seifer in Mannheim; Verwaltungsinspe